

**Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen****Freifunk im Land Bremen – Unterstützung für bürgerschaftliches Engagement**

Dem Zugang zu einem freien und leistungsfähigen Internet kommt in der digitalen Gesellschaft grundlegende Bedeutung zu. Die Digitalisierung ermöglicht die gesellschaftliche Teilhabe und Wissensvermehrung. Drahtlose lokale Netzwerke (WLAN – Wireless Local Area Network) sind ein Teil der Telekommunikationsinfrastruktur.

An öffentlichen Räumen in Bremen und Bremerhaven – wie z. B. Marktplatz, Bürgerhäusern, Kultureinrichtungen, Messegelände – können solche Netzwerke einen Zugang zum Internet eröffnen. Dies ist nicht zuletzt auch aus tourismuspolitischer Perspektive ein wichtiges Anliegen.

Neben WLAN-Angeboten von Access-Providern, deren Hauptgeschäft darin besteht, Nutzern öffentlichen Zugang zum Internet zu bieten, gibt es auch zahlreiche WLANs, die z. B. von Hotels oder Gaststätten lediglich als zusätzlicher Service für ihre Kunden betrieben werden.

Bundesweit sind Freifunkinitiativen ein Beispiel einer nicht kommerziellen bürgerschaftlichen Initiative für den Zugang zum Internet. Freifunker stellen private WLAN-Router für den Netzwerkzugang anderer Personen zur Verfügung und ermöglichen damit den Zugang zum Internet. Freifunknetzwerke sind „Selbstmach-Netze“. In vielen Kommunen gibt es Freifunkgruppen und Zusammenkünfte, in denen sich Interessierte treffen. Der praktischen Umsetzung dieser Idee nehmen sich Freifunkcommunities in der ganzen Welt an. In Berlin-Neukölln betreiben Freifunker einen Netzzugang im Rathaus und werden dabei von der Stadt bzw. der Bezirksversammlung unterstützt.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. Freifunkinitiativen ideell zu unterstützen,
2. insbesondere Standorte für Freifunkhardware in öffentlichen Gebäuden zu prüfen,
3. die Einrichtung von für Benutzer kostenfreien WLAN-Zugängen an hochfrequentierten öffentlichen Orten in Bremen und Bremerhaven zu unterstützen,
4. dem Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit im ersten Quartal 2015 einen Bericht zur Umsetzung vorzulegen.

Rainer Hamann,  
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Mustafa Öztürk, Carsten Werner, Dr. Maike Schaefer,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen